

Siegener  
Friedensbote



# Friede den Füßen! Krieg den Köpfen?

Zentrum für Friedenkultur 2009

Impressum

Zentrum für Friedenskultur

Kölner Str. 11

57072 Siegen

0271-2382521/-20596

[info@zfk-siegen.net](mailto:info@zfk-siegen.net)

[www.friedenskultur.de](http://www.friedenskultur.de)

© ZFK Februar 2009

Titel-Fotomontage: Ludwig Frankovski



**Bernhard Nolz**

# **Friede den Füßen! Krieg den Köpfen?**

**Bedenken zum „Geh Denken“  
am 16.12.2008 in Siegen**

**Zentrum für Friedenskultur  
2009**

## Vorwort

Titel und Inhalt des *Siegener Friedensboten* nehmen Bezug auf den *Hessischen Landboten*, der im Juli 1834 von Georg Büchner unter der Parole „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ heraus gegeben wurde.

Büchner veröffentlichte den *Hessischen Landboten* zusammen mit Friedrich Weidig, der sich für ein Bündnis mit wohlhabenden Liberalen, Industriellen und Kaufleuten einsetzte, um revolutionäre Ideen umsetzen zu können, während Georg Büchner die gesamte Bevölkerung wegen ihrer materiellen und politischen Ungleichheit aktivieren wollte.

175 Jahre später führt das Zentrum für Friedenskultur in Erinnerung an Georg Büchner ein „Forum für gesellschaftliche Veränderung“ durch, das vor allem bei jungen Leuten Anklang findet. Es wird überdeckt von der am gleichen Tag stattfindenden Großdemonstration des Bündnisses „Siegen für Demokratie“, das gegen das Auftreten von Neofaschisten in Siegen mobilisiert.

Mit der Demonstration tritt zu Tage, dass dem Bündnis „Siegen für Demokratie“ ein friedenspolitisches Fundament fehlt und dass es an antifaschistischen und basisdemokratischen Grundlagen mangelt. Diese Schwächen finden ihren Ausdruck in der Überschrift der Demonstrationsveranstaltung: „Geh Denken“. Die Wortschöpfung vermittelt den Eindruck, als solle an diesem Tag das Gedenken, also das Erinnern, vom Kopf in die Füße verlagert werden. Statt sich Gedanken machen zum Denken auf die Straße gehen? Darauf anspielend habe ich als Titel für meinen Text „Friede den Füßen! Krieg den Köpfen?“ gewählt.

Die Grundlage für die Kritik am Bündnis „Siegen für Demokratie“ gibt der mit dem Alternativen Friedensnobelpreis geehrte Friedensforscher Johan Galtung in dem vom Bund für Soziale Verteidigung (BSV) heraus gegebenen Buch „Neue Wege zum Frieden“:

*„Frieden mit friedlichen Mitteln: Frieden ist eine revolutionäre Idee; dass der Frieden mit friedlichen Mitteln erreicht werden soll, definiert diese Revolution als gewaltfrei. Sie findet immer statt; unsere Aufgabe ist es, ihren Umfang und ihr Gebiet zu vergrößern. Die Aufgaben sind unermesslich; die Frage ist, ob wir ihnen gewachsen sind.“*

Der zahlenmäßige Erfolg des Bündnisses „Siegen für Demokratie“ über-

deckt die Zweifel, ob nicht einige seiner Akteure der Friedensaufgabe nicht gewachsen waren. Fest steht, dass die Siegener Erinnerungskultur einen erheblichen Schaden erlitten hat. Den weiteren Schaden wiederum begrenzt zu halten ist das Ziel dieses Textes. Deshalb sollen aus der klaren Analyse der Vorgänge um den 16.12.2008 Erkenntnisse gewonnen werden, wie das Bündnis „Siegen für Demokratie“ im Sinne der „revolutionären Idee des Friedens“ von Johan Galtung handlungsfähiger werden kann.

### **Vom Gedenken zum Demonstrieren**

Der Siegener Antikriegstag ist der 16. Dezember. Ein Tag der Erinnerung und des Gedenkens an die Zerstörung im Jahre 1944 durch einen alliierten Bombenangriff, der mehr als 300 Menschen das Leben kostete.

Seit über 25 Jahren ist dieser Tag von Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Siegerländer Friedensbewegung (AGSF) geprägt, und doppelt so lange schon legt der Bürgermeister in einer kurzen Zeremonie im kleinen Kreis an der Gedenkstätte am Dicken Turm einen Kranz nieder.

In diesem Jahr aber kamen am späten Nachmittag des 16.12. fast 3.000 Menschen zum „Geh Denken“ am Kornmarkt zusammen, dort wo in der Oberstadt das Rathaus, die Nikolaikirche und das ehemalige Kaufhaus Tietz stehen.

Eine solch große Demonstration hatte Siegen zuletzt am 15. Februar 2003 gesehen, als dem Aufruf der Siegerländer Friedensbewegung, gegen den drohenden Krieg im Irak zu protestieren, über 5.000 Menschen gefolgt waren.

### **Besonnene Reaktion: „Das brauchen wir hier nicht!“**

Den äußeren Anlass für die Umgestaltung des Gedenktages gegen den Krieg in einen Demonstrationstag gegen Rechtsextremismus boten die Freien Nationalisten Siegerland, eine neofaschistische Organisation, die für den 16.12. die Durchführung einer Demonstration mit Kundgebung auf dem Symbol trächtigen Kornmarkt beantragt hatten, zu der – nach eigenem Bekunden – etwa 80 TeilnehmerInnen erwartet wurden.

Zunächst handelten die Verwaltungschefs, Bürgermeister Steffen Mues (CDU) und Landrat Paul Breuer (CDU), besonnen souverän nach dem bewährten Siegerländer Grundsatz: „Das brauchen wir hier nicht!“ (Hoch-

deutsche Übersetzung).

Der Aufmarsch der Neofaschisten vor den Rathaus-, Kirchen- und Kaufhaustüren wurde mit stichhaltigen Begründungen untersagt.

Die Garantie der freien Religionsausübung bildete den ersten Ablehnungsgrund. Zur gleichen Zeit fände ein ökumenischer Freiluft-Gottesdienst vor der Nikolaikirche statt, (der dann doch wegen der kalten Witterung in die Kirche zurück verlegt wurde.)

Der zweite Ablehnungsgrund war die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Beim Marsch in die Oberstadt käme der Zug in die Nähe der Gedenkstätte „Ehemalige Synagoge“, kein Ort für Neofaschisten, zumal dort eine Gegendemonstration von AntifaschistInnen zu erwarten wäre.

Mit dieser Anordnung sollten Oberstadt und Kornmarkt am 16.12. „Nazi frei“ bleiben. Die Freien Nationalisten wurden auf eine Strecke rund ums Hallenbad am Löhrtor verwiesen, wo sie wohl auch „baden“ gegangen wären, wenn ihnen nicht schon vorher wieder aufgeholfen worden wäre. Denn die Inszenierung der neofaschistischen Bedrohung Siegens war schon zu weit voran geschritten. Sieben Hundertschaften Polizei hatten rechtzeitig bestellt werden müssen.

### **Gegendemonstration als antifaschistische Aktion?**

Aus der begründeten Furcht heraus, dass das Demonstrationsverbot einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten könnte, versuchten Mues und Breuer die „Vertreibung“ der Neofaschisten aus der Oberstadt wasserfest zu machen. Dazu holten sie sich Willi Brase (SPD) ins Boot, Bundestagsabgeordneter, SPD-Unterbezirksvorsitzender, DGB-Bezirksvorsitzender. Es entstand der Plan vom „Geh Denken“, d.h. jetzt selbst den Gang in die Oberstadt anzutreten und den Kornmarkt mit einer Gegendemonstration in machtvoller Weise zu besetzen.

Es steht außer Frage, dass überall dem Neofaschismus und seinen UnterstützerInnen wirkungsvoll entgegengetreten werden muss. Dafür steht ein erprobtes Repertoire politischer Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung und es werden auch immer wieder neue kreative Widerstandsformen gefunden.

Eine Gegendemonstration birgt die Gefahr in sich, dass sie (überhaupt

erst) die Aufmerksamkeit auf die Neofaschisten und ihre Propaganda richtet, was zu verhindern doch gerade das Ziel ist. Auch sollte man nicht verkennen, dass diese Art der bürgerlichen Gegenwehr bei den Neofaschisten selbst als Bestätigungsmechanismus wirkt, da endlich die ersehnte öffentliche Aufmerksamkeit erreicht wird.

Vor der Entscheidung für oder gegen eine Gegendemonstration ist deshalb eine genaue Analyse der rechtsextremistischen Kräfte und ihres Umfeldes sowie der demokratischen Gegenkräfte und ihrer Möglichkeiten notwendig. Dazu gehören auch eine öffentliche Debatte über die Sachverhalte und ein Austausch der Pro und Kontra Argumente. Es wäre interessant zu erfahren, welche Erkenntnisse für die „Gefahrenanalyse“ den Verwaltungen vorgelegen haben und aus welchen Quellen sie bezogen wurden. Einem entsprechenden öffentlichen Informationsbedarf wurde weder von der Verwaltung noch vom Bündnis „Siegen für Demokratie“ Rechnung getragen.

Eine in der Antifaschismus-Arbeit erprobte gewaltfreie Aktionsform, die unerwünschte Nebenwirkungen ausschließt, wurde von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in Siegen am 16.12. praktiziert: die Mahnwache. an der „Synagoge“.

Die Mahnwache ist deshalb so wirkungsvoll, weil mit dem einfachen Mittel der Anwesenheit an einem Ort deutlich gemacht werden kann, was das Schützenswerte ist, für das man sich einsetzt. In Ergänzung dazu kann mit einer Blockade eben dieses Ortes bzw. der Zugänge zu diesem Ort ein weiteres Mittel des Widerstandes zur Anwendung kommen, das die Zusammenhänge der Gegenwehr klar macht, weil sie auf etwas Konkretes bezogen sind.

Von den politisch Verantwortlichen in Deutschland ist diese Form des Widerstandes nicht gewollt. Sie scheuen deshalb nicht davor zurück, antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren. Die Mahnwache und die Blockade sind aber Mittel eines Widerstandes von unten, dessen Basis demokratische Potenzen viel stärker in den kommenden politischen Streitfragen zum Tragen kommen werden, als es sich die lokalen und globalen Entscheidungsträger in Politik, Kultur, Bildung und Wirtschaft vorstellen können. Politische Arbeit von unten begnügt sich nicht mit Ereignissen symbolischer Politik, denen für ein paar Tage die Medienöffentlichkeit si-

cher ist.

Allerdings ist das demokratische Grundrecht auf Versammlungsfreiheit erneut gefährdet, weil auch Nordrhein-Westfalen wie andere Bundesländer mit der bayerischen Gesetzgebung liebäugelt, die der Polizei jedes Mittel an die Hand gibt, den gesellschaftlichen Protest gegen neofaschistische Aktionen strafbar zu machen.

Da ist es fahrlässig und unüberlegt, wenn das Bündnis „Siegen für Demokratie“ in seinem Aufruf das Recht auf freie Meinungsäußerung für sich selbst in Anspruch nimmt - („Gerade weil wir als Demokratinnen und Demokraten das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut schätzen...“) - es den Neofaschisten aber abspricht - („...müssen wir uns denen entgegenstellen...“).

Für einen fundierten Antifaschismus reichen Befindlichkeiten und Empörung sowie Dankbarkeit für ein demokratisches Grundrecht („hohes Gut“) nicht aus. Die Verfasser des Aufrufs reden einem wirkungslosen Antifaschismus das Wort, wenn sie beklagen, die Neofaschisten „drängen in die Parlamente, ergreifen die Worte und besetzen den öffentlichen Raum.“

Sollen Neofaschisten, solange ihre Parteien nicht verboten sind, das nicht tun dürfen, was Christdemokraten, Sozialdemokraten usw. jeden Tag tun und was doch gerade die Kernaufgaben der Parteien beschreibt? Man ist kein Demokrat mehr, wenn man ein demokratisches Grundrecht für sich selbst in Anspruch nimmt, es anderen aber abspricht. Leichtfertig werden auf diese Weise das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht entwertet, weil man sie selbst nicht mehr als allgemein gültig anerkennt. Dann sind Demokratie und Menschenrechte am Ende. Deshalb hilft es auch nicht viel weiter, wenn beispielsweise die VVN-BA behaupten: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“ Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit bedeutet ja gerade, dass die Gedanken frei sind. Eine Gesinnung kriminalisieren zu wollen heißt sich zu verabschieden vom rechtsstaatlichen Denken. Die deutsche Geschichte verzeichnet schon viel zu viele Gesinnungsoffer.

Vielmehr wäre es am 16.12. darum gegangen, sich der von den Neofaschisten angezettelten Diskussion zu stellen. Das ist die Gewaltdiskussion in allen ihren Facetten, von der Kriegsgewalt bis zur Gewalt gegen Ausländer, mit der sich die Neofaschisten hervortun. Der Kraft der Gewaltlo-

sigkeit haben die Neofaschisten nichts entgegen zu setzen. Leider scheint die Gewaltlosigkeit zum Demokratieverständnis der Verfasser des Aufrufs „Siegen für Demokratie“ nicht dazu zu gehören.

Die drei Parteien – CDU/CSU und SPD – sind es, die durch ihr Bespitzelungswesen ein Verbot der NPD verhindern, für das hier nicht das Wort geredet wird. Ein Parteienverbot – wie das Verbot der KPD zeigt – ist nur das Staats tragende Instrument der Bestrafung und Vernichtung einer Bevölkerungsgruppe. Damit ist es ein untaugliches Mittel in der Demokratie, weil es mit den Menschenrechten kollidiert und das generelle Misslingen des Diskurses über Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit dokumentiert.

So einfach, wie es sich die Begründer des Bündnisses „Siegen für Demokratie“ möglicherweise vorgestellt haben, ist ein Antikriegstag (16.12.) in einen Tag gegen Rechtsextremismus nicht umzufunktionieren. Wenn das Anliegen Antifaschismus glaubwürdig sein soll, braucht man ein tragfähiges Konzept für einen demokratischen Anti-Faschismus am 16.12., das den Anti-Militarismus als tragendes Element des Gedenktages einbezieht, weil sie historisch zusammen gehören. Das aber hätte das aufgebauschte Bedrohungsszenario der Verwaltungschefs ins Schwimmen gebracht, weil die Neofaschisten am 16.12. ja gerade gegen das Kriegsgräuel des 2. Weltkrieges demonstrieren wollten, das sie den alliierten Bomben zuordnen, um von der deutschen Kriegsschuld abzulenken. Hier gilt es sich klar zu werden darüber, dass die Bombardierung deutscher Städte durch alliierte Streitkräfte Völkerrechts widrig gewesen ist. (Am 16.12.2008 kannten wir das israelische Massaker an den Palästinensern in Gaza noch nicht.)

Das politische „Dreigestirn“ Brase-Breuer-Mues entschied sich trotz schwankender antifaschistischer Basis für eine Gegendemonstration und für die Entsorgung des Anti-Militarismus und gründete das Bündnis „Siegen für Demokratie“. Letztlich bedeutete die Entscheidung, eine Gegendemonstration organisieren zu wollen, ein in anderen Städten bereits praktiziertes politisches Kampfmittel gegen Neofaschisten auch in Siegen einzusetzen. Dieser Plan erwies sich – wie man noch sehen wird – auch aus verschiedenen anderen Gründen als sehr fragwürdig.

### **CDU-Hoffnungsträger als Neofaschist bei „Pro Köln“**

Die CDU-Mitglieder des „Dreigestirns“ waren durch ein weiteres Ereignis der rechtsextremistischen Art in Panikstimmung geraten. Es war nicht

mehr zu verheimlichen, weil er selbst an die Öffentlichkeit gegangen war, dass der Student Gereon Breuer, bisheriger RCDS-Vorsitzender und Kreisvorsitzende der Jungen Union Siegen-Wittgenstein, gerade in eine Führungsposition bei „Pro Köln“, einer rechtsextremistischen, rassistischen Wählergruppierung, übergetreten war.

Dieses Ereignis untermauert die These der Rechtsextremismus-Forschung, dass Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit ein Problem darstellen, das bis weit in die Mitte der Gesellschaft und – in unterschiedlichen Ausprägungen - bis in die politischen Parteien hinein reicht.

Jetzt waren Breuer und Mues plötzlich selber betroffen, wenn der ehemalige CDU-Jungstar öffentlich aus dem Siegener „Nähkästchen“ plauderte. Dann kam der Umgang mit der Macht zu Tage, der sich in Siegen in seiner Gewalthaltigkeit nicht von anderen Kommunen und Landkreisen unterscheidet. Jetzt wurden CDU-Repräsentanten außerdem aus der rechtsextremistischen Ecke kritisiert, weil sie „deutsches Eigentum“, z.B. die Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd (VWS), an global agierende „Heuschrecken“ verschleuderten oder dass sie der „deutschen Jugend“ mit einem Hauptschulabschluss keine Zukunft mehr bieten könnten oder dass Studiengebühren „deutsche Studenten“ vom Studium abhalten würden.

Breuer und Mues war klar, es musste etwas Großes her, etwas, das nicht nur in die Köpfe, sondern in die Bäuche ging und die Herzen erreichte, ohne dass an Friedenskultur oder Pazifismus gedacht werden musste.

### **„Geh Denken“. Aufruf des Bündnisses „Siegen für Demokratie“. Aus der Geschichte lernen – für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit**

Die Überschrift des Flugblattes, mit dem zur Demonstration am 16.12. aufgerufen wurde, kann zunächst als gut gemeinter Versuch angesehen werden, möglichst vielen Menschen eine positive Identifikation mit den Bündniszielen zu ermöglichen. Aber die Masse der positiven Ziele verwirrt und verhindert sowohl eine sachliche Auseinandersetzung als auch eine emotionale Bindung. Die Fülle der positiven Werte, für die es sich lohne, sich einzusetzen und dabei zu sein, erzeugt eher den Eindruck politischer Belieblichkeit, die noch jedes Engagement ins Leere hat laufen lassen. Am Schluss des Aufrufftextes wagen es die Verfasser endlich doch noch zu sagen, wogegen „wir“ sein sollen: „Gegen Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit!“

„Geh Denken“ ruft das Bündnis den Menschen zu. Aus welchem Grund sollte man im Deutschland und speziell in Siegen am Ende des Jahres 2008 für Demokratie und Toleranz und Weltoffenheit auf die Straße gehen? Weil 80 Neofaschisten in Siegen die Demokratie gefährden, wenn sie sich das Thema „Krieg und Frieden“ aneignen? Wohl eher, weil die Bundesregierung am Hindukusch Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zusammenschießen und auf den Müllhaufen der Geschichte werfen lässt.

Das Bündnis „Siegen für Demokratie“ gibt vor „aus der Geschichte lernen“ zu wollen, aber es kann zum Frieden am Siegener Friedensgedenktag nicht aufrufen. Die Demokratie, das sollen wir wohl akzeptieren, kommt ohne Frieden gut aus. Das mag – im Orwellschen Sinne - der glauben, der Krieg Frieden und Ungerechtigkeit Gerechtigkeit nennt. Wenn die deutsche Friedensbewegung und die Partei DIE LINKE nicht wären, gäbe es keine Diskussion über die deutsche Kriegsbeteiligung in Afghanistan und anderswo.

Um möglichen Legenden vorzubeugen, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Arbeitsgemeinschaft Siegerländer Friedensbewegung (AGSF), das Zentrum für Friedenskultur (ZFK) und die Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) den Aufruf, nachdem Änderungsversuche gescheitert waren, mit Bedenken unterzeichnet haben.

Die drei Friedensorganisationen wurden zunächst aus dem Bündnis „Siegen für Demokratie“ herausgehalten.

Die Geschichte des Bündnisses „Siegen für Demokratie“ beginnt also mit dem Ausschluss der Siegerländer Friedensbewegung von der demokratischen Teilhabe an eben diesem Bündnis für Demokratie. Der Ausschluss wird vom obersten Repräsentanten des demokratischen Gemeinwesens Siegen, dem Bürgermeister, vollzogen, indem er die VertreterInnen der drei Friedensorganisationen nicht zu den entsprechenden Bündnistreffen einlädt, und er setzt ihn fort, indem er die Geschichte der Siegerländer Friedensbewegung in seiner Rede ausblendet.

### **Geschichtsentsorgung und „Stilles Gedenken“ - untaugliche Mittel gegen Neofaschismus**

Als Redner entsorgt der Bürgermeister die Geschichte der Siegerländer Friedensbewegung. Er erwähnt ihre 25-jährige Geschichte mit keinem Wort. Ein solches Verhalten kann man als einen Versuch zum Revisionis-

mus der Geschichte bezeichnen. Unter Geschichtsrevisionismus versteht man das Bestreben, geschichtliche und politische Ereignisse, über deren Interpretation es bisher einen Konsens gab, durch eine Neubewertung umzuschreiben. Im Siegerland sind seit Jahren – mit medialer Unterstützung - Kräfte am Werk, die an einer Geschichtsrevision interessiert sind. Sie versuchen den Pazifismus – die Ablehnung von militärischer Gewalt und Krieg - der von der Arbeitsgemeinschaft Siegerländer Friedensbewegung und vom Zentrum für Friedenskultur vertreten wird, zu diskreditieren, so als ob es verwerflich wäre, für Frieden und Gerechtigkeit und gegen politische Gewalt einzutreten.

Der Bürgermeister beginnt seine Rede am 16.12. mit einer Halbwahrheit. Drei Tage vorher hatte die gleiche Geschichtsfälschung der Journalist Raimund Hellwig von der Westfalenpost in einem Kommentar aufgetischt.

Der Journalist und der Bürgermeister behaupten: „Seit vielen Jahrzehnten gedenken wir Siegener dieses 16. Dezembers still und schweigend“ (der Bürgermeister). „Das Gedenken an die Bombardierung Siegens im 2. Weltkrieg ist traditionell eine stille Feier“ (der Journalist).

Beide wollen vergessen machen, das die Siegerländer Friedensbewegung das „Stille Gedenken“ immer wieder als unzureichend kritisiert hat und dass es eine 25-jährige Tradition des öffentlichen Mahnens und Gedenkens der Siegerländer Friedensbewegung am 16.12. gibt, über die alle Medien jedes Jahr ausführlich berichtet hatten.

Vergessen sein sollen Schweigezüge und lautstarke Demonstrationen, Kundgebungen und Ausstellungen (am und im Rathaus), Vorträge, Flugblätter und Aktionen, Wettbewerbe, Denkmalsentwürfe und Kriegsproteste. Sie sind dem journalistischen und dem bürgermeisterlichen Vergessen anheim gefallen.

Ein Armutszeugnis für einen Bürgermeister und einen Journalisten, die vom Gedenken reden und sich dann doch nicht der Suche nach der historischen Wahrheit verpflichtet fühlen.

Und so fehlte wohl auch dem Bürgermeister und dem Journalisten die Erinnerung an die zehn Veranstaltungen, zu denen die AGSF zusammen mit dem Zentrum für Friedenskultur (ZFK), das 70 m unterhalb des Rathauses sein Domizil hat, unter dem Titel „Siegener Friedensgespräche 2008“ eingeladen hatte.

## **Veranstaltungen im Rahmen der Siegener Friedensgespräche 2008 (1. - 18.12.)**

Vorbereitungen am Runden Tisch für Frieden und interkulturelle Zusammenarbeit

Philosophie für Jedermann: ***Angst in Zeiten des Krieges – Angst in Zeiten des Friedens***

Ausstellung: Die NAKBA. Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948

**Vortrag: Vertrieben und vergessen! Irakische und palästinensische Flüchtlingskinder in Libanon und Syrien**

Literatur am Sonntag Nachmittag: **Leben und Werk der antifaschistischen Dichterin Anna Seghers**

**Spielfilm: Nacht vor Augen**, über einen aus dem **Afghanistan-Einsatz** zurückgekehrten Bundeswehr-Soldaten

### ***Forum für gesellschaftliche Veränderung***

Runder Tisch 1: Statt Krieg – die Kraft des Friedens

Runder Tisch 2: Statt Auslese – eine Bildung für alle

Runder Tisch 3: Statt Milliardengier – regionale Kooperation

Dokumentarfilm zur **Ausstellung „Kriegsende 1945 in Siegen“**

**Philosophisches Café: *Sicherheit – ein Traum?***

Mit dieser „Vergesslichkeit“ befindet sich der Bürgermeister in der Tradition eines aus konservativen Kreisen kommenden Geschichtsrevisionismus, durch den geschichtliche Ereignisse, insbesondere die Verbrechen des Nationalsozialismus, neu bewertet bzw. relativiert werden sollen.

In Siegen trat dieser Geschichtsrevisionismus u.a. im Jahr 2005 in der Ausstellung „Kriegsende 1945 in Siegen“ zum Vorschein, in der der Siegener Bürgermeister (1919 – 1945) Alfred Fißmer zum Verfolgten des Nazi-Regimes hoch stilisiert wurde. Diese Darstellung rief die Kritik der Siegerländer Friedensbewegung hervor, die darauf hinwies, dass Bürgermeister Fißmer sowohl ein prominenter Repräsentant des Nazi-Regimes als auch ein entschiedener Militarist der Weimarer Republik gewesen sei.

Fißmers erfolgreiche Bemühungen, aus Siegen eine Garnisonsstadt zu machen, haben zur Bombardierung Siegens durch die Alliierten entscheidend beigetragen. Mit dem Bau von Bunkern zum Schutz von ein paar

Hundert Menschen wusste Fißmer, wohin die deutsche Politik führen sollte, die er unterstützte. Dieser Bürgermeister wird bis heute mit einer „Fißmer-Anlage“ geehrt, deren Umgestaltung schon wegen ihrer Unansehnlichkeit dringend geboten scheint.

Für die Umdeutung des Siegener Gedenktages gegen den Krieg brauchte man das „Stille Gedenken“ als einzige Form des Gedenkens am 16.12. Nur so konnte man das immer wieder beschworene „Nie wieder Krieg“ - von Bürgermeister Mues zuletzt am Volkstrauertag 2008 vorgetragen – als abgehandelt betrachten mit der Kranzniederlegung am Dicken Turm und musste keine Worte mehr finden oder gar Orte schaffen für das Erinnern an die Opfer früherer und derzeitiger Kriege, an denen auch Deutschland sich tatkräftig beteiligt, z.B. in Afghanistan, im Irak, in Kolumbien, in Palästina, in Somalia und vorher schon in Serbien und anderswo.

Durch das ausschließlich „Stille Gedenken“ konnte man diese kriegerischen Realitäten weg denken, um das vermeintliche historische und politische Vakuum mit einem Aktionstag gegen Rechtsextremisten füllen zu können, ohne sich in Erklärungsnot bringen lassen zu müssen, wo denn das „Nie wieder Krieg“, d.h. die Forderung nach Frieden in der Welt, geblieben sei.

Es blieb dem blinden Mitarbeiter des Zentrums für Friedenskultur, Jan Meyer-Krügel, vorbehalten, am 16.12.2008 den revisionistischen Charakter dieses Verschweigens – Krieg nicht mehr Krieg und Unrecht nicht mehr Unrecht nennen zu wollen - durch Zwischenrufe auf der Kundgebung zum Ausdruck zu bringen („Afghanistan!“ „Guantanamo!“ „Hartz IV!“).

Die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse sind durch den Neoliberalismus so stark wie nie zuvor geprägt vom Kampf der Menschen gegeneinander, der Wettbewerb genannt wird. Dieses negative Bild des menschlichen Zusammenlebens bestimmt auch die Handlungen des Bündnisses „Siegen für Demokratie“. Statt in den Neofaschisten Mitmenschen zu sehen, die man ansprechen und denen man die Möglichkeit zum Ausstieg geben kann, werden sie mit einem gewaltigen Polizeiaufgebot und mit einer Großkundgebung konfrontiert, die keinen Raum mehr lassen für Menschlichkeit, Meinungsfreiheit und Kommunikation.

Statt dessen bemüht Bürgermeister Mues ein Realitäts fernes Bedro-

hungsszenario, indem er aufruft „**zusammenzustehen**, wenn es gilt, für eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft und gegen Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit einzutreten.“

Am 16.12. präsentiert er dann seine „historische Wahrheit“ der NS-Diktatur. „Schlägertrupps der Nazis verbreiteten Angst und Schrecken“. Es war aber der von den Nazis beherrschte Staat, bei dem fast alle mitmachten, dessen Institutionen (Verwaltung, Polizei, Justiz, Militär) das Unrecht gegen Juden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Homosexuelle, Sinti und Roma ... schaffte und nicht einige Schlägertrupps der Nazis.

Bürgermeister Mues meint in seiner Rede: „Wahr ist auch, dass jene weitgehend unbehelligt blieben, die sich konform verhielten“. Worin liegt der Sinn festzustellen, dass Nazis nicht von Nazis behelligt wurden? Will Bürgermeister Mues hier – wie vor ihm viele andere Geschichtsrevisionisten – alle TäterInnen und MittäterInnen der NS-Diktatur reinwaschen und zu Opfern hoch stilisieren? Oder will er allen Nonkonformisten heute den Boden für ihre Protesthaltung entziehen?

Weshalb bemüht Mues Hitlers, des „Verderbers“ (man beachte die Wortwahl der Geschichtsfälschung), angebliches Vermächtnis, dass das deutsche Volk es verdient habe unter zu gehen. Niemand glaubt an diesen Humbug, der für eine historisch-politische Analyse der Diktatur belanglos ist und nur ablenken will von der breiten Zustimmung und Mittäterschaft des deutschen Volkes an den nationalsozialistischen Verbrechen.

Und dann läuft Bürgermeister Mues in die selbst aufgestellte Falle des Friedens, dem man „nicht gewachsen ist“ (Galtung). Mues sagt: „Unsere Demokratie ist stark. Sie ist so stark, dass sie uns seit über 60 Jahren mit unseren Nachbarn und der Welt in Frieden leben lässt.“ Vergessen hat er die deutsche Kriegseteiligung im Nachbarland Jugoslawien, wo Serbien mit deutscher Hilfe kaputt bombardiert wurde. Sollen auch der deutsche Kriegseinsatz in Afghanistan, die deutsche Kriegsunterstützung im Irak und die deutschen Kriegseinsätze an weiteren Brennpunkten des Imperialismus vergessen sein?

Ein Bürgermeister, der sich an die Spitze einer Sieger Demokratiebewegung stellt, sollte auf seine Worte achten und sich nicht zur Geschichtsentsorgung und zu politischer Propaganda hinreißen lassen.

## **Ausgrenzendes Demokratieverständnis und Diskriminierung überwinden**

„Wir rufen alle Menschen – Junge und Alte, aus unserer Heimat, mit oder ohne deutschen Pass – auf, Rechtsextreme nicht ohne Widerspruch durch Siegen marschieren zu lassen.“

Der Aufruf des Bündnisses „Siegen für Demokratie“ gibt vor, „alle Menschen“ einzuladen, grenzt dann aber sofort einige aus, indem er in diskriminierender Weise alle, die nicht „aus unserer Heimat“ sind, auslädt.

Zur Demonstration gebeten werden Menschen „mit und ohne deutschen Pass“. Was mit antidiskriminierender Attitüde daher kommt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als pure Diskriminierung, weil, wenn man wirklich alle meint, man nicht zwischen deutschen und nicht-deutschen PassinhaberInnen unterscheiden muss. Welchen Grund hätten eigentlich AsylbewerberInnen, gegen Neofaschisten zu demonstrieren, wo es doch die deutschen Behörden und die Politiker sind, die ihr Menschenrecht auf Asyl mit Füßen treten?

Mit der Formulierung im Aufruf „Wir treten für eine starke und wehrhafte Demokratie ...ein“ wird an das ausgrenzende deutsche Demokratieverständnis des Kalten Krieges angeknüpft. Solche Zeiten sehnt niemand zurück. Sie waren geprägt von Parteienverboten, von Berufsverboten und von der Kriminalisierung politischer Gesinnung. Und heute hat sich an der Heimatfront – nach nur sieben Jahren – die Propagandalüge „islamischer Terrorismus“ auch erschöpft.

Der Aufruf des Bündnisses „Siegen für Demokratie“ ist ein Beispiel für ein überholtes Demokratieverständnis. Die Lehre aus der Weimarer Republik und der Nazi-Diktatur ist doch gerade, dass die staatlichen Akteure die Demokratie zu Tode geritten haben. Es waren nicht die Wählerinnen und Wähler, sondern die gewählten Repräsentanten, die die Demokratie haben verrecken lassen. Im Übrigen mit Unterstützung der Wirtschaft, weshalb eben im Jahre 2008 ein Friedrich-Flick-Gymnasium in Kreuztal umbenannt worden ist, was eine Bürgerinitiative geschafft hat. Sie wollte nicht länger hinnehmen, dass ein Kriegsverbrecher Namensgeber einer Schule sein könnte.

Von entsprechender historischer und politischer Sensibilität scheint das Bündnis „Siegen für Demokratie“ noch einigermaßen weit entfernt, obwohl

es sich für „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ ausspricht. Die Krise des kapitalistischen Systems, die Verarmung breiter Bevölkerungskreise, die Entrechtung der ArbeitnehmerInnen und die weltweite deutsche Kriegsbeteiligung stellen die wirklichen Bedrohungen der deutschen Demokratie dar. Sie sind zu thematisieren, bevor die Neofaschisten diese Themen besetzen können.

### **Neofaschisten nicht mit Nazis gleichsetzen**

Die Rechtsextremismusforschung ist sich darüber einig, dass sich die Struktur der neofaschistischen Vereinigungen grundlegend geändert hat. Die neofaschistische Szene ist vorwiegend eine Jugendszene geworden, die sich von einem dumpfen Hitler-Faschismus verabschiedet hat. Sie greift in intelligenter Weise die Schwachstellen der demokratischen Kultur auf und versucht sie in einen Menschen verachtenden Faschismus und einen Ausländer feindlichen Nationalismus umzulenken.

Dem stellt sich der Aufruf des Bündnisses „Siegen für Demokratie“ in hilfloser Weise entgegen, indem der ein veraltetes Bild von den Neofaschisten formuliert: „Sie machen kein Geheimnis daraus, dass sie wieder genauso handeln würden wie damals.“ So blöd sind selbst Neonazis nicht, ganz davon abzusehen, dass sie gar nicht die Macht dazu haben, Kriege zu führen. Das erledigt(en) die GRÜNEN/SPD/CDU/CSU-Bundesregierungen schon selbst.

Auch Bürgermeister Mues lamentiert in seiner Rede darüber: „Wie kann es sein, dass eben diese jungen Leute in unseren Schulen unterrichtet werden, [und] besser informiert sind, als jede Generation vor ihnen und dennoch in die Argumentations- und Handlungsmuster der Nazis verfallen?“

Der renommierte Rechtsextremismusforscher Wilhelm Heitmeyer hat schon vor 15 Jahren klargestellt, dass, wer die Jugend belehren will, schon verloren hat. Geschichtsunterricht findet an vielen Schulen aber als Belehrung statt. Und um die politische Bildung ist es in den Schulen so schlecht bestellt, dass Niedersachsen bereits seine Landeszentrale für politische Bildung geschlossen hat und die Schulhöfe und den Unterricht den Neofaschisten überlässt. In Nordrhein-Westfalen rückt derweil die Bundeswehr in die Schulen vor, um der politischen Bildung, wie die NRW-Schulministerin blumig verkündet, mit Uniform und Waffenschau

aufzuhelfen.

Es erstaunt die im Aufruf des Bündnisses „Siegen für Demokratie“ deutlich werdende ahistorische und unpolitische Gleichsetzung heutiger neofaschistischer Splittergruppen mit dem faschistischen System einer gleichgeschalteten Diktatur, die von breiten Bevölkerungs- und Wirtschaftskreisen getragen wurde. Der Aufruf verharrt in einem irrationalen Antikommunismus („starke und wehrhafte Demokratie“), der aus der vergangenen Epoche des Ost-West-Konfliktes stammt. Diese „Null Toleranz“ Demokratie lässt weder Raum für eine dialogische Konfliktbearbeitung, noch zeigt sie eine Bereitschaft für die Suche nach konsensualen Entscheidungsprozessen. Auch das Konzept der „Gewaltfreien Kommunikation“ scheint sich bis in die Kreise des Bündnisses „Siegen für Demokratie“ noch nicht herangesprochen zu haben.

Im Aufruf heißt es: „Gerade weil wir als Demokratinnen und Demokraten das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut schätzen, müssen wir uns denen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen.“ Diesen gedanklichen Salto der Gewalt und des Unrechts muss man erst mal nachvollziehen können. Weil die freie Meinungsäußerung ein demokratisches Grundrecht ist, muss man dieses Grundrecht denjenigen wegnehmen, die in der Demokratie eine andere Meinung haben als man selbst, weil sie ja sowieso das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung abschaffen wollen.

Es wäre doch viel spannender heraus zu finden, wo sich Gemeinsamkeiten zwischen den unterschiedlichen Positionen finden lassen, weil man daran mit gegenseitigem Respekt anknüpfen könnte, so dass unvermeidbar wäre, dass die Neofaschisten mit ihren Gewalt verherrlichenden Ausdrucksformen nicht mehr weiter kämen.

Die jeweils Regierenden haben in den letzten zehn Jahren selbst die Menschenrechte mit Füßen getreten und die Demokratie beschädigt, indem sie das Demonstrationsrecht eingeschränkt haben, das Menschenrecht auf Arbeit in einen Arbeitszwang pervertiert haben, die deutsche Kriegsbeihilfe in Serbien, Afghanistan und Irak durchgesetzt und zuletzt den israelischen Völkermord an den Palästinensern befürwortet haben. Die Ausländergesetze haben sie in ein Instrument der Entwürdigung und Entrechtung für Menschen, die nach Hilfe suchen, umgestaltet.

Es sind die militärische Gewalt nach außen und der Abbau der Menschenrechte im Innern, die dem deutschen Rechtsextremismus in die Hände arbeiten, weil diese Maßnahmen faschistische Züge tragen, genauso wie die ständigen Behinderungen und Kriminalisierungen von BürgerInnen-Protesten durch staatliche Handlungsträger.

Diese Entwicklungen zu bekämpfen, dafür steht die Siegerländer Friedensbewegung in Übereinstimmung mit der deutschen und der internationalen Friedensbewegung.

### **Gewerkschaftliches Handeln gegen Rassismus und Sozialabbau**

Als Gewerkschafter findet Willi Brase die klaren politischen Worte, die er als SPD-Politiker nicht mehr hat. Er geht in seiner Rede darauf ein, dass fast ein Viertel der Bevölkerung rechtsextremistischen Positionen positiv gegenüber steht.

„Deshalb ist es wichtig, sich auch mit der aktuellen rechtsextremistischen Situation auseinander zu setzen und auch Antworten zu geben auf die Sozialdemagogie von NPD und Neonazis. Sie beteiligen sich als Trittbrettfahrer der sozialen Frage, sie greifen Missstände, Zukunfts- und Existenzängste in der Gesellschaft auf, aber bei genauerem Betrachten ihrer Positionen und Schriften lenken sie ihren Schritt auf ihre altbekannten rassistischen und nationalen Mühlen. Ihr Ziel ist es, sozialen Protest für die braune Ideologie zu funktionalisieren. Zwar tragen NPD Redner mit populistischen Parolenformen wie „Sozialismus“, „Gegen Großkapital und System“ dick auf, statt konkreter Vorstellungen für eine Verbesserung der Situation der „kleinen Leute“ folgen hier doch nur allgemeine Losungen von der NS Volksgemeinschaft, der Besinnung auf die Nation oder eine Schuldverschiebung auf Ausländer. Eine praktische Politik zur Lösung sozialer Missstände ist von der Partei, die immerhin in zwei Landtagen vertreten ist, nicht zu erwarten. Weil dieser Ansatzpunkt offensichtlich bei immer mehr Menschen verfängt, muss man deutlich sagen, was sie tatsächlich wollen:

- Arbeitsplätze sollen nur noch nach rassistischen Kriterien an Deutsche vergeben werden.
- Der Sozialstaat soll nur für die „Volksgemeinschaft“ da sein. Ausländer und Minderheiten sollen ausgeschlossen werden.

- Nach dem Wirtschaftskonzept der NPD soll der Außenhandel rabiat eingeschränkt werden, die Wirtschaft nach außen hin hermetisch abgeschlossen und in mittelständischen „Betriebsgemeinschaften“ organisiert werden.
- Für die Rechte von Beschäftigten und ihre Selbstorganisation in Gewerkschaften ist hier kein Platz.

Deshalb ist es unser Anliegen, vor allem für uns als Gewerkschafter, hier entgegen zu treten, inhaltlich klare Kante zu zeigen und Positionen zu verdeutlichen. Die Gewerkschaften bekämpfen alle Ausprägungen einer rassistischen und neonazistischen Ideologie, gleich ob sie in Betrieben, bei Wahlen oder in Aufmärschen sichtbar werden. Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, die frei ist von Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung und die allen Einwohnerinnen und Einwohnern gleiche Teilhabe und Chancen bietet. Für uns hat der Artikel 1 in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nach wie vor Gültigkeit: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“.

Willi Brase wird sich an diesen Worten in Zukunft messen lassen müssen, sowohl als Gewerkschafter als auch als SPD-Politiker.

### **Glaubwürdiger Antifaschismus und historisches Bewusstsein**

Es blieb Joachim Mertens, dem Vertreter der VVN-BdA vorbehalten, einen antifaschistischen Standpunkt zu vertreten, der glaubwürdig und lebendig ist.

„Aus seinen [des Großvaters] Worten spricht die große Losung jener Tage: "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus". „Nie wieder Krieg“ - dies war geschuldet den Millionen von Opfern des Krieges der von deutschem Boden ausging und zuletzt dorthin zurückkehrte.

„Nie wieder Faschismus" - wegen der Millionen ermordeter und geschundener Männer, Frauen und Kinder in den Zuchthäusern, Arbeits- und Vernichtungslagern der Nazis. Und weil der deutsche Faschismus zwangsläufig in die Katastrophe des zweiten Weltkriegs führte.

Leider hatten nicht allzu viele Deutsche auf die mahnenden Worte derer gehört, die am Anfang das Ende schon bedachten.

Als Siegen in Flammen stand und der Krieg auch hier vielfache Opfer fand, lag das englische Coventry schon in Schutt und Asche, hatte London schon endlose Tage und Nächte des Schreckens durchlebt, war das spanische Guernica schon ausgelöscht, und dies bereits 1937 von der deutschen Legion Condor, zwei Jahre vor dem Beginn des zweiten Weltkrieges, quasi als der bitterböse Vorgeschmack auf das, was noch kommen sollte. Leider ist diese Tatsache in Deutschland oft nicht bekannt. Und dies trotz des weltberühmten Gemäldes von Pablo Picasso. Gerade deswegen sei heute hier daran erinnert.

Eine Demonstration ist die Zeit der Parolen, nicht der dumpfen und platten, sondern der pointierten und klugen. Faschismus ist die Wurzel des Übels, welches auch Siegen in den Strudel der Zerstörung gerissen hat.

Die Vernichtung des Nazismus ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Dies ist der Schwur der 21 000 Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald, im April 1945 auf dem Appellplatz des befreiten Lagers geleistet. Er ist zentraler Leitspruch der VVN-BdA und in seinem Sinne wollen wir auch in Zukunft weiter tätig sein. Dies sind wir den Opfern des Faschismus und den Opfern des Krieges schuldig.“

## **Fazit**

*„Frieden ist eine revolutionäre Idee“ (Galtung).*

Das Bündnis „Siegen für Demokratie“ zeigte sich von der Friedensidee unbelastet und vergaß am Siegener Friedensgedenktag den Frieden. Das Bündnis „Siegen für Demokratie“ sollte diesen „blinden Fleck“ aufarbeiten, damit auch in Siegen der Kampf gegen den Neofaschismus mit einer konkreten Vorstellung von kommunaler Friedenspolitik und Friedensarbeit geführt werden kann.

Für die Zukunft gilt es, an einem tragfähigen Demokratieverständnis zu arbeiten, das vom Respekt gegenüber den Andersdenkenden geprägt ist. Das bedeutet, dass man den Anderen als Menschen respektiert, aber dessen Ansichten, Meinungen und Handlungen zurückweisen kann, wenn sie einem nicht gefallen.

Es geht darum, dass wir „endlich lernen, mit denen zu leben, die uns fremd sind, die wir uns nie ausgesucht haben“ (Judith Butler).

Was die populäre US-amerikanische Wissenschaftlerin vertritt, ist die revolutionäre Idee vom Frieden Johan Galtungs oder die Botschaft des Zentrums für Friedenskultur oder die der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden, nämlich etwas dazu beitragen zu wollen, dass den Menschen ein gelingendes Leben in der Gemeinschaft mit anderen und in Frieden möglich wird.

Das Bündnis „Siegen für Demokratie“ sollte aufgeschlossener werden für die Gefährdungen der Demokratie von heute. Sie liegen in den Ungleichheiten von Einkommen und Eigentum, den ungleichen Chancen beim Zugang zur Bildung, den Gesetzen der Ungerechtigkeit einer Rente mit 67, dem Arbeitszwang für Hartz IV-lerInnen, der Entwertung von Ausbildung und Studium, dem Abbau von Mitbestimmungsrechten, der ungebremsten Ausbeutung der Natur sowie in dem hemmungslosen Einsatz von militärischer Gewalt zur Gestaltung der Beziehungen der Völker. Die Auswirkungen staatlicher Gewaltpolitik sind u.a. Rassenhass, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen neofaschistischer Gewalt.

Dieser Beitrag hatte zum Ziel, dass sich das Bündnis „Siegen für Demokratie“ zukünftig kompetent und wirkungsvoll zu den Fragen von Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit und Frieden äußern kann und Programme und Projekte entwickelt, die zur Menschlichkeit, Gerechtigkeit, zum Frieden und zur Verständigung beitragen können.

Zukünftig sollte es vorrangig darum gehen, Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen von unten aufzunehmen, damit Frieden und Gerechtigkeit sich ausbreiten können.

Bernhard Nolz ist Aachener Friedenspreisträger. Er ist Lehrer i.R. und ehrenamtlicher Geschäftsführer des Siegener Zentrums für Friedenskultur (ZFK), Sprecher der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF), Vorsitzender des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV), Vorstandsmitglied der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ sowie Mitarbeiter verschiedener nationaler und internationaler Friedensorganisationen.

0271-20596 ■ 0171-8993637 ■ [nolzpoppp@web.de](mailto:nolzpoppp@web.de) ■ [www.friedenskultur.de](http://www.friedenskultur.de)

Der ***Siegener Friedensbote*** erscheint unregelmäßig und setzt sich mit aktuellen Fragen der Friedenskultur in unserer Stadt auseinander.

Der ***Siegener Friedensbote*** stellt gesellschaftspolitische Ereignisse zur Diskussion, analysiert sie aus einer friedenswissenschaftlichen Perspektive und versucht Antworten für die kommunale Praxis zu geben.

Ältere Ausgaben des ***Siegener Friedensboten*** sind vergriffen.

#### Erhältliche Ausgaben

***Siegener Friedensbote*** - Käthe Kollwitz, August 2008, im Rahmen der kommunalen Veranstaltungsreihe „Literatur am Sonntag Nachmittag im Café Fair“

***Siegener Friedensbote*** – Stimmen zu Gaza – Materialien zur politischen Bildung, Januar 2009

***Siegener Friedensbote*** – Friede den Füßen! Krieg den Köpfen?

Bedenken zum „Geh Denken“ am 16.12.2008 in Siegen, Februar 2009

#### **Das Zentrum für Friedenskultur**

Das Zentrum für Friedenskultur (ZFK) ist eine Einrichtung der Gesellschaft für Friedenserziehung e.V., der Initiative Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) und des Forschungs- und Lehrgebiets Friedenserziehung an der Universität Siegen. Ziel der Arbeit im ZFK ist es, sich aktiv mit Fragen der Förderung einer Kultur des Friedens auseinander zu setzen. Friedenskultur meint dabei die Förderung von Gewaltfreiheit, Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Alltag. In diesem Sinne beschäftigt sich das ZFK vor allem mit Fragen der interkulturellen Bildung und der Umweltbildung, mit Erscheinungen von Rassismus, Rechts extremismus und Neofaschismus, mit der Festigung eines gewaltfreien Zusammenlebens zwischen unterschiedlichen religiösen, kulturellen und ethnischen Gruppen und zwischen den Generationen.

Leiter des ZFK ist seit seiner Einrichtung im UN-Jahr für eine Kultur des Friedens 2000 Prof. em. Dr. Wolfgang Popp, der zugleich das Forschungs- und Lehrgebiet Friedenserziehung der Universität Siegen verantwortet.

Geschäftsführer ist der Lehrer i.R. Bernhard Nolz, Aachener Friedenspreisträger und Träger des Zivilcourage-Preises der Solbach-Freise-Stiftung, Sprecher der Initiative Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) und Vorsitzender des Bundes für Zivile Verteidigung (BSV). Projektleiter für die Jugendarbeit ist Jan Meyer-Krügel, der zugleich das Dunkelcafé im ZFK leitet.